



Rathaus Umschau

Mittwoch, 12. Oktober 2011

Ausgabe 194

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	4
Meldungen	5
› OB Ude überreicht Hochschulpreis der Landeshauptstadt München	5
› Jährliche Beseitigungsaktion von Schrotträdern	6
› Ausstellung „Quelle“ in Ubo 9 und Auszeichnung „München dankt“ für Engagement im Aubinger Festjahr	7
› Vorbereitungen zur „Langen Nacht der Museen“ – Alter Südfriedhof kurzzeitig geschlossen	8
› Aktionsnachmittag „Aus den Gärten und der Region frisch auf den Tisch“	8
› Kranzniederlegung im Waldfriedhof	9
› Vortrag über Niedertemperaturflächen-Heizungssysteme	10
Antworten auf Stadtratsanfragen	11
› Das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet lassen – funktionale Defizite der neuen S-Bahnautomaten kundenfreundlich ausgleichen	11
› Verkauf von Immobilien und Grundstücken der SWM	14
› Leiharbeit in Isar II?	17
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	20

Terminhinweise

Wiederholung

Donnerstag, 13. Oktober, 12.15 Uhr, Schrannehalle

Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Wiedereröffnung der Schrannehalle.

Wiederholung

Donnerstag, 13. Oktober, 12.35 Uhr (Beginn 11 Uhr), Ratstrinkstube

Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte beim „Ecopolicy-Wettbewerb“. Ecopolicy ist ein von Frederic Vester entwickeltes Computersimulationsspiel, dessen Ziel es ist, ein Land so zu regieren, dass es sich unter wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten optimal entwickelt. Dazu gibt es auch einen bundesweiten Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler, die Ecopolicyade. Im Rahmen des Münchner Klimaherbstes 2011 treten am 13. Oktober im Rathaus die besten Münchner Schul-Teams der Ecopolicyade gegen mehrere Teams aus dem Stadtrat an. Veranstalter sind der Verein Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BenE München e.V.), der Kreisjugendring München-Stadt und das Referat für Bildung und Sport (Pädagogisches Institut) in Kooperation mit dem Ecopolicyade-Büro und Malik Management Zentrum St. Gallen AG.

Wiederholung

**Donnerstag, 13. Oktober, 14 Uhr, Gisela-Gymnasium,
Arcisstraße 65, Sporthalle (erstes Obergeschoss)**

Bürgermeisterin Christine Strobl hält die Festrede anlässlich der abgeschlossenen Generalinstandsetzung und Erweiterung des Gisela-Gymnasiums. Die Begrüßung erfolgt durch die Leiterin des Gisela-Gymnasiums, Marianne Achatz, im Anschluss sprechen Stadtdirektor Franz Josef Balmer vom Baureferat, Stadtschulrat Rainer Schweppe sowie Walter Gremm, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

**Donnerstag, 13. Oktober, 14 Uhr,
Ausbildungshotel St. Theresia, Hanebergstraße 8**

Sozialreferentin Brigitte Meier besucht das Ausbildungshotel St. Theresia. Es ist das erste Ausbildungshotel in München, in dem die Gäste von A wie Anreise bis Z wie Zimmerservice von Auszubildenden umsorgt wer-

den – unter fachlicher Anleitung. Das Haus bietet benachteiligten Jugendlichen die Möglichkeit, in den Ausbildungsberufen Koch, Beikoch sowie Fachkraft im Gastgewerbe eine Ausbildung zu absolvieren. „St. Theresia“ ist eine Einrichtung der Kolping-Ausbildungszentren gGmbH – einer Tochtergesellschaft des Kolping-Bildungswerks München und Oberbayern e.V.

Freitag, 14. Oktober, 18.30 Uhr, Ubo 9, Ubostraße 9

Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht zur Eröffnung der Ausstellung „Quelle“ und überreicht die Auszeichnung „München dankt“ der Landeshauptstadt München. Des Weiteren sprechen der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Josef Assal und Alexander Werner sowie Peter Heesch vom Verein Freie Ateliers und Werkstätten Ehrenbürgstraße 9 (FAUWE). In der Ausstellung „Quelle“ präsentieren Kunstschaaffende des Vereins „FAUWE“ bis 30. Oktober ihre Arbeiten. Im Rahmen der Vernissage wird die Auszeichnung „München dankt“ an ausgewählte Mitglieder des Vereins „1.000 Jahre Urkunde Aubing e.V.“ für ihr großes Engagement im Festjahr 2010 sowie an besonders engagierte Mitglieder aus dem Zusammenschluss der Kunstschaaffenden aus der Künstlerkolonie Ehrenbürgstraße 9 verliehen, die sich seit vielen Jahren für die Erhaltung des Gebäudeensembles des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers und die Erinnerung daran einsetzen und mit künstlerischen Projekten am Festjahr 2010 mitgewirkt haben.

(Siehe auch unter Meldungen)

Freitag, 14. Oktober, 19 Uhr, Städtische Galerie im Lenbachhaus, Kunstbau München, U-Bahnhof Königsplatz Zwischengeschoss

Stadtrat Marian Offman (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Kraftwerk. 3-D Videoinstallation“; Begrüßung durch Professor Helmut Friedel, Direktor der Städtischen Galerie im Lenbachhaus, und Einführung von Matthias Mühling, Kurator der Ausstellung. Zum ersten Mal ist die von Kraftwerk programmierte Bild- und Tonwelt in einer speziell für den Kunstbau entwickelten mehrkanaligen 3D-Videoinstallation als Gesamtkunstwerk in einer Ausstellung erfahrbar. Seit den frühen 70er Jahren haben „Kraftwerk“ als Pioniere auf dem Gebiet der elektronischen Musik weltweit Musikgeschichte geschrieben. Die Ausstellung ist vom 15. Oktober bis 13. November, Dienstag bis Sonntag und an Feiertagen von 10 bis 22 Uhr geöffnet.

Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 13. Oktober, um 11.30 Uhr im Kunstbau. Akkreditierung bitte unter E-Mail: presse-lenbachhaus@muenchen.de.



Freitag, 14. Oktober, 19.30 Uhr, Wissenschaftszentrum

Weihenstephan, Hörsaal 14, Maximus-von-Imhof-Forum 6, Freising

SZ-Forum zum Thema „3. Startbahn – bauen oder stoppen?“. Diskussions-
teilnehmer sind Oberbürgermeister Christian Ude, Finanzminister Georg
Fahrenschon, Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung der
Flughafen München GmbH, Michael Schwaiger, Landrat des Landkreises
Freising, Christian Magerl, Landtagsabgeordneter der Grünen, und Hart-
mut Binner, Sprecher des Aktionsbündnisses „Aufgemuckt“.

Sonntag, 16. Oktober, 13 Uhr (Beginn der Veranstaltung 12 Uhr),

Mehrzweckhalle Feldmoching, Georg-Zech-Allee 15

Oberbürgermeister Christian Ude hält die Festrede im Rahmen des Fest-
aktes, mit dem Feldmoching am Kirchweihsonntag sein 1.200-jähriges
Jubiläum feiert.

Montag, 17. Oktober, 9 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt
München, eröffnet die Jahrespräsentation des städtischen Verbundpro-
jekts Perspektive Arbeit (VPA). Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht das
Thema „Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit“. Gemeinsam mit Gästen und
Kooperationspartnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Arbeitsverwal-
tung diskutiert das Verbundprojekt erfolgversprechende Strategien zur In-
tegration von Langzeitarbeitslosen. Die Veranstaltung findet in Kooperation
mit dem Jobcenter München statt. Sie richtet sich an arbeitsmarktpoliti-
sches Fachpublikum.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 19. Oktober, 19 Uhr,

Pfarrsaal St. Wolfgang, St.-Wolfgangs-Platz 9 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesord-
nung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 19. Oktober, 17.30 bis 19 Uhr,

BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann)
mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.



Mittwoch, 19. Oktober, 19 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus“, Limesstraße 63 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 19. Oktober, 19.30 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus“, Limesstraße 63 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

OB Ude überreicht Hochschulpreis der Landeshauptstadt München

(12.10.2011) Oberbürgermeister Christian Ude hat jetzt in einer Feierstunde im Rathaus den Hochschulpreis der Landeshauptstadt München 2011 überreicht. Seit 1993 werden mit dem Hochschulpreis Bachelor-, Magister- und Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationen der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), der Technischen Universität München (TUM) und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München (HM) ausgezeichnet. Der Hochschulpreis der Landeshauptstadt München ist mit 4.000 Euro je Arbeit dotiert.

Prämiert werden herausragende Abschlussarbeiten, die einen Bezug zu München in wirtschaftlicher, stadtentwicklungspolitischer oder kultureller Hinsicht haben.

Die Ehrung erfolgte in diesem Jahr erstmals im Rahmen einer städtischen Veranstaltung. In der Vergangenheit wurden die Preisträgerinnen und Preisträger bei Festveranstaltungen ihrer Hochschule ausgezeichnet. Den Hochschulpreis der Landeshauptstadt München 2011 an der LMU erhielt Anne-Katrin Stolle für ihre Magisterarbeit „Orte der Entstehung und Präsentation von Literatur. Verortung von Literaturperformance in München um 1900 und 2000“. Die Magisterarbeit wurde an der Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaften eingereicht. Stolle vergleicht darin mündliche Vortragsformen der Münchner Literaturszene zu den zwei ausgewählten Zeitpunkten. Die Arbeit wurde ausgezeichnet, weil sie sich dem Thema mit einem innovativen Forschungsansatz nähert und dabei neue Erkenntnisse für die Münchner Kulturförderung liefert.

Der Hochschulpreis der Landeshauptstadt München an der TUM geht an Lisbeth Fischbacher für ihre Diplomarbeit „Hinter der Glyptothek – Stadtgestalt in Geschichte und Gegenwart“, die sie an der Fakultät für Architek-

tur eingereicht hat. Darin entwirft Fischbacher einen Museumsneubau nördlich der Glyptothek. Insgesamt hatten sich zehn der eingereichten Bewerbungen mit dieser Aufgabenstellung befasst. Ausgezeichnet wurde die Arbeit von Lisbeth Fischbacher, weil sie in ihrem Entwurf sehr sensibel auf den vorhandenen Baubestand eingeht und diesen mit ihrem Museumsentwurf behutsam ergänzt. Ihre Diplomarbeit bietet somit einen interessanten Ansatz für die Stadtplanung.

Der Hochschulpreis der Landeshauptstadt München an der HM wird Quynh Diem Le für ihre Bachelorarbeit „Die vietnamesische Community in München“ verliehen, die sie an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften eingereicht hat. Le bietet mit ihrer Arbeit einen Einblick in die vietnamesische Community und deren Lebenssituation in München. Sie setzt sich dabei mit dem Integrationsprozess einerseits und dem Wunsch nach eigener Identität andererseits auseinander. Den Preis erhält Quynh Diem Le, weil ihre Bachelorarbeit die Rolle von Communities im Integrationsprozess herausstellt. Sie trägt damit wertvolle Aspekte für die Integrationsarbeit der Stadtverwaltung bei.

Die Vergabe des Münchner Hochschulpreises wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft koordiniert.

Jährliche Beseitigungsaktion von Schrotträdern

(12.10.2011) Das Baureferat führt auch dieses Jahr wieder in Zusammenarbeit mit der Polizei eine stadtweite Schrottrrad-Beseitigungsaktion vom 17. bis 28. Oktober durch. Alle Bürgerinnen und Bürger werden deshalb gebeten, das Baureferat dabei zu unterstützen und schon vorher ihre ausrangierten Fahrräder oder Fahrradteile aus den öffentlichen Fahrradständen, von Verkehrszeichen oder Ampel- beziehungsweise Beleuchtungsmasten etc. zu entfernen und in den städtischen Wertstoffhöfen zu entsorgen.

Der Radverkehr in München hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Leider hat sich – als negative Begleiterscheinung dieser erfreulichen Entwicklung – mit Zunahme des Radverkehrs auch die Anzahl an Schrotträdern erhöht, die besonders an neuralgischen Punkten wie U-Bahn-Stationen und anderen öffentlichen Fahrradabstellanlagen abgestellt werden. Diese Räder bieten einen unerfreulichen Anblick und nehmen anderen Radfahrerinnen und Radfahrern die Möglichkeit, die Abstellanlagen zu nutzen. Rechtlich zulässig ist die Beseitigung von eindeutig als Schrott erkennbaren Rädern oder Fahrradteilen. Diese erfolgt in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Polizeiinspektion. Darüber hinaus lässt die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte derzeit lediglich zu, dass Fahrräder, die in



grob sicherheitsgefährdender oder verkehrsbehindernder Weise abgestellt sind, entfernt werden dürfen.

Im Rahmen dieser Aktion konnten letztes Jahr stadtweit insgesamt 2.113 Schrotträder entfernt werden.

Achtung Redaktionen: Für Medienvertreter besteht die Möglichkeit, die Aktion am Dienstag, 18. Oktober, ab 10 Uhr am Sendlinger-Tor-Platz (im Bereich der Hausnummer 5) zu filmen beziehungsweise zu fotografieren.

Ausstellung „Quelle“ in Ubo 9 und Auszeichnung „München dankt“ für Engagement im Aubinger Festjahr

(12.10.2011) Vom 15. bis 30. Oktober präsentieren Kunstschaaffende des Vereins „Freie Ateliers und Werkstätten Ehrenbürgstraße 9 e.V.“ ihre jährliche öffentliche Werkschau in den Räumen Ubo 9 in Aubing und knüpfen damit an die rege und erfolgreiche Ausstellungstätigkeit des Vereins zu 1.000 Jahre Aubing im letzten Jahr an: Mit der Ausstellung „Quelle“ zeigen sie Werkstücke, Objekte, Skulpturen, Plastiken, Installationen, Bilder und Fotografien. Sanfte Plastiken und scharfkantige Objekte erzählen von aufsteigenden und auch versiegenden Kräften, bilden das Fließen von Energie ab oder strotzen vor kreativer Lust. „Quelle“ wird hier nicht nur als das Prinzip des Ursprungs und der Reinheit begriffen, sondern stellt auch das Prozesshafte, die Entwicklung vom Keim zur Frucht, die Reise vom Anfang zu neuen Ufern dar.

Als Assoziation des „Quellgebiets“ steht dabei auch die Künstlerkolonie in der Ehrenbürgstraße. Die in den Werken zu entdeckende Aufbruchstimmung ist eine wichtige Antriebsfeder für die Künstlerinnen und Künstler, die die Erinnerung an das ehemalige Zwangsarbeiterlager lebendig halten wollen. Ideen der Künstlerinnen und Künstler zur Zukunft der Ehrenbürgstraße sind in einem gemeinsam mit dem Architekten und Städteplaner Stefan Mittermaier erarbeiteten Modell ausgestellt.

Die Ausstellung „Quelle“ ist bei freiem Eintritt von 15. bis 30. Oktober, freitags und samstags von 15 bis 18 Uhr sowie sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Jeweils am Sonntag, 16. und 30. Oktober, gibt es ein Begleitprogramm mit Kurzfilmen, Performance oder Weißwurstfrühstück mit A-capella-Untermalung.

Zur Eröffnung der Ausstellung am Freitag, 14. Oktober, 18.30 Uhr, übergibt Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers die Auszeichnung „München dankt“ der Landeshauptstadt München an ausgewählte Mitglieder des Vereins „1.000 Jahre Urkunde Aubing e.V.“ für deren besonderes Engagement im Festjahr 2010. Als kulturelle Höhepunkte des Festjahrprogramms, das unter der Leitung von Dr. Klaus Bichlmayer entstand, sind die zwei beeindruckenden historischen Ausstellungen „Vom Bajuwarendorf bis zur

Gemeinde“ und „Vom Dorf zum Stadtbezirk“ zu nennen, für die das Kulturreferat erstmalig die Räume der Ubo 9 als Ausstellungsort für den 22. Stadtbezirk zur Verfügung stellen konnte. Die Ehrung „München dankt“ wird außerdem verliehen an besonders engagierte Mitglieder der Fauwe für deren langjährigen Einsatz zugunsten des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers wie auch für die künstlerischen Beiträge zum Festjahr 2010. Die Ubo 9 liegt in der Ubostraße 9 und ist zirka fünf Gehminuten entfernt vom S-Bahnhof Aubing (S 4). Nähere Informationen zur Ausstellung unter www.fauwe.de.

Vorbereitungen zur „Langen Nacht der Museen“ – Alter Südfriedhof kurzzeitig geschlossen

(12.10.2011) Der Alte Südfriedhof ist am Samstag, 15. Oktober, tagsüber von 8 bis 18 Uhr aufgrund von Vorbereitungen zur „Langen Nacht der Museen“ geschlossen. Bereits ab Freitagabend, 14. Oktober, wird eine Lichtanlage aufgebaut. Die Öffnungszeiten am Freitag, 14. Oktober, bleiben jedoch unberührt. Bei der „Langen Nacht der Museen“ ist dann auch das Lapidarium des Alten Südfriedhofs für Besucherinnen und Besucher ab 19 Uhr geöffnet. Einlass erfolgt nur mit einem für die „Lange Nacht der Museen“ gültigen Ticket. Dieses kann auch an Ort und Stelle erworben werden. Weitere Informationen zur Veranstaltung im Lapidarium gibt es unter www.muenchner.de.

Aktionsnachmittag „Aus den Gärten und der Region frisch auf den Tisch“

(12.10.2011) Am 16. Oktober steht das Ökologische Bildungszentrum (ÖBZ) von 14.30 bis 18 Uhr ganz im Zeichen des Münchner Klimaherbstes. Mit dem Motto des Aktionsnachmittags „Aus den Gärten und der Region frisch auf den Tisch“ rückt das ÖBZ, das gemeinsam von der Münchner Volkshochschule und dem Münchner Umwelt-Zentrum e.V. betrieben wird, die Nahrungsmittelversorgung der Stadtbevölkerung in den Mittelpunkt. Ab 14.30 Uhr zeigen die urbanen Gärtner des ÖBZ, wie durch die Ernte auch von kleinen Flächen in der Stadt teilweise eine Selbstversorgung möglich ist. Ferner stellen sie im Rahmen ihrer inzwischen reichhaltigen Saatguttauschbörse selbst kultivierte, alte Gemüsesorten und Raritäten vor. Passend dazu zeigt um 17 Uhr das Umweltnetz München Ost den Film „Zukunft säen – Vielfalt ernten“ von Ella von der Haide, bei dem es um die Verfügbarkeit von Saatgut und Saatgutvielfalt als Grundlage der Ernährung geht.

Nach einem Kurzvortrag um 15 Uhr bieten Vertreter des regionalen Netzwerks „Unser Land“ während des gesamten Nachmittags an ihrem Stand

die Möglichkeit, sich über regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln zu informieren und diese auch zu probieren. Sie zeigen auf, wie durch regional erzeugte Produkte die Region gestärkt, die Kulturlandschaft erhalten und Artenvielfalt gefördert werden kann.

Eine ganz andere Art der Versorgung stellt der Waldgärtner Siggie Fuchs in seinem bebilderten Vortrag von 16 bis 17 Uhr vor: gegen einen festen Jahresbeitrag versorgt der Gärtner die Menschen der Wirtschaftsgemeinschaft mit saisonalem Obst und Gemüse. Somit kann dieser ohne ökonomische Zwänge wirtschaften.

Bei einem Vortrag mit Verkostung stellt Johannes Bucej von der Initiative Slow Food München die „Genussgemeinschaft Städter und Bauern“ vor, in der Verbraucher direkt mit verschiedenen Höfen kooperieren und auf diese Weise eine solidarische Gemeinschaft zwischen Stadt und Land entsteht. Für diesen Vortrag ist eine Anmeldung bei der Münchner Volkshochschule erforderlich und es fällt Materialgeld an.

Natürlich wird auch an die Kinder gedacht. In der Familienwerkstatt „Beeckenlecks und Blättersturm – Der Herbst in Papier geschöpft“ können sich Kinder von fünf bis zehn Jahren mit oder ohne Eltern kreativ mit den bunten Herbstfarben in der Stadt und dem Einsatz von natürlichen Rohstoffen auseinandersetzen. Um eine Teilnahme sicherzustellen, ist eine Anmeldung unter 93 94 89 71 oder unter www.oebz.de/hjp erforderlich.

Neben all diesen Aktivitäten ist von 14.30 bis 17.30 Uhr im Foyer und in der Galerie wieder das ÖBZ-Sonntagscafé geöffnet, bei dem wie immer von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen selbstgebackene Kuchen und Kaffee aus biologischen Zutaten angeboten werden.

Gleichzeitig kann man in der Ausstellung „ATEMlos – atemLOS“ die gegensätzlichen Standpunkte zweier Münchner Künstler im direkten Nebeneinander auf sich wirken lassen. Gerade in der Stadt sind solche Gegensätze auch immer wieder erlebbar.

Das ÖBZ in der Engelschalkinger Straße 166, ist mit der U4 (Haltestelle Arabellapark) zu erreichen, dann weiter mit den Buslinien 59, 154, 184, 189 und 186 bis zur Haltestelle Cosimapark oder zu Fuß, entlang der Engelschalkinger Straße (zirka acht Minuten).

Kranzniederlegung im Waldfriedhof

(12.10.2011) Zum 150. Geburtstag von Eduard Schmid legt die Landeshauptstadt München am Samstag, 15. Oktober, an seiner Grabstätte 9-W-11 im Alten Teil des Waldfriedhofes einen Kranz mit Stadtschleife nieder. Eduard Schmid wurde am 15. Oktober 1861 in Ostrach geboren. 1887 kam er als Möbelschreiner Geselle nach München und schloss sich der Sozialdemokratischen Partei an. 1899 wurde Schmid der erste sozialdemokrati-

sche Magistratsrat, 1907 Landtagsabgeordneter. Von 1919 bis 1924 war er Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt. Während seiner Amtszeit entstanden die für die Elektrizitätsversorgung wichtigen Südwerke II und III, das Projekt „Mittlere Isar“ wurde entwickelt, ebenso die Pläne für das damals größte Altenheim St. Josef. Die Stadt München verlieh ihm 1931 die Ehrenbürgerrechte. Eduard Schmid starb am 8. Juni 1933.

Vortrag über Niedertemperaturflächen-Heizungssysteme

(12.10.2011) Moderne Niedertemperaturflächen-Heizungssysteme stellen der Energieberater Helmut Mager und der Thermoenergetiker Günther Draxl am Montag, 17. Oktober, im Bauzentrum München ab 18 Uhr vor. Der Eintritt ist kostenlos. Niedertemperaturflächen-Heizungssysteme, das heißt eine Fußbodenheizung, eine Wandflächenheizung oder eine Kombination davon, bieten eine ganze Reihe von Vorteilen: So sind sie prinzipiell wesentlich energiesparender als Heizkörper. Die Flächenstrahlungsheizung reduziert das konventionelle Heizen und Kühlen auf einen einzigartigen und maximal energiesparenden Weg. Ideal kombinierbar sind Flächenheizungen mit Gasbrennwertkesseln und Wärmepumpen. Für den Betrieb einer Wärmepumpe ist das Vorhandensein eines Niedertemperatursystems sogar grundsätzliche Voraussetzung. Durch diese Kombination schafft man optimale Bedingungen für mehr Unabhängigkeit von steigenden Energiepreisen. Mehr noch: Eine Flächenstrahlungsheizung hat auch gesundheitliche Vorteile gegenüber Heizkörpern, denn sie ist den Bedürfnissen des Menschen angepasst und nicht dem Gebäude. So ist die Flächenstrahlungsheizung für Allergiker besonders geeignet, da die Staubbelastung reduziert wird. Überdies wird die Strahlungswärme allgemein als angenehmer empfunden.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 12. Oktober 2011

Das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet lassen – funktionale Defizite der neuen S-Bahnautomaten kundenfreundlich ausgleichen

Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU) vom 27.4.2011

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

Mit Ihrem Antrag haben Sie angeregt, auf die zuständige Deutsche Bahn (hier DB Regio AG) und die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV GmbH) einzuwirken, dass funktionale Defizite bei den modernisierten DB-Fahrkartenautomaten beseitigt werden.

Ich habe die DB Regio AG um eine Stellungnahme gebeten und kann Ihnen hiernach Folgendes mitteilen:

Mit der durchgängigen Aufstellung der neuen Fahrkartenautomaten bei der Deutschen Bahn im MVV-Gebiet in den Jahren 2009 und 2010 wurde die Benutzerfreundlichkeit und die Möglichkeit, Fahrkarten zu kaufen, deutlich verbessert und vereinfacht. Alle notwendigen Informationen sowohl für den MVV-Tarif als auch für den Tarif zur Nutzung der Deutschen Bahn seien nun direkt am Automaten verfügbar – das Suchen von Informationen auf weiteren zusätzlichen Aushängen oder in Vitrinen sei nunmehr entbehrlich.

Die DB Regio AG räumt ein, dass der MVV-Tarif mit seinen Zonen und Ringen unter Umständen nicht immer für jeden Nutzer auf den ersten Blick einfach verständlich sei. Im Sinne der Tarifgerechtigkeit sei aber eine preisliche Differenzierung von kurzen und weiten Strecken sowie von gelegentlicher und häufiger Nutzung des Systems notwendig. Das sei im Übrigen auch ein weltweit anerkannter und geübter Standard öffentlicher Nahverkehrssysteme.

Das im Antrag angesprochene Tariftableau (Verzeichnis der Haltestellen mit der Zuordnung der zur Fahrt notwendigen Fahrpreisstufen) wurde im Jahr 2008 bei der Deutschen Bahn durch ein verbessertes Tableau mit der



Wiedergabe des Liniennetzplans ersetzt, da auch die alte Auflistung nach Einschätzung der DB Regio AG sehr oft nicht verstanden wurde. Mit Aufstellung der neuen Automaten bei der Deutschen Bahn in 2009/2010 sei dann das Tariftableau komplett entbehrlich geworden.

Mit der Zielwahl für die Schnellbahnstationen (in der Menüführung in der Verbundmaske links oben) gebe es nun eine sehr komfortable Möglichkeit, mit der Eingabe der Zielstation die notwendige Streifenzahl bzw. passende Einzelfahrkarte/Tageskarte wie auch die nötige Ringzahl im Zeitkartentarif zu ermitteln. Diese Zielwahl biete durch die Erweiterung auf den Zeitkartentarif weit mehr Komfort und Service für den Fahrgast als das alte Tariftableau, das außerdem auch längst nicht alle Ziele beinhaltete. Zudem habe die DB Regio AG die Menüführung bei den Automaten nun auch im Bereich Tarifinfo (im Menü mittig unten) mit dem Schnellbahnnetzplan ergänzt, so dass auch Fahrpreise für Verbindungen außerhalb des jeweiligen Automatenstandorts ermittelt werden können. Diese Funktion werde noch hinsichtlich der Ladezeit verbessert und mit dem Zeitkartentarif ergänzt.

Eine zusätzliche Anbringung der (alten) Tariftableaus an den neuen Automaten wäre – ganz abgesehen vom Aufwand – keine Verbesserung, sondern ein Rückschritt zur schlechteren Information. Dies auch vor dem Hintergrund, dass dann der Kauf des Fahrscheins und die Information darüber an zwei unterschiedlichen Stellen stattfinden würden, während im Automaten alle Informationen während desselben Bedienungsschritts gegeben werden. Die DB Regio AG bittet daher um Verständnis, dass sie die im Antrag formulierten Vorschläge ablehnen müsse.

Gerne sei die DB Regio AG hingegen bereit, gezielte Informationsveranstaltungen für besondere Zielgruppen rund um das MVV-Tarifsystem sowie die Automatenbedienung durchzuführen. Bisher fanden zwei derartige Veranstaltungen mit insgesamt 50 Teilnehmern statt. Die DB Regio AG stehe hierfür auch gerne dem Seniorenbeirat zur Verfügung.

Die MVV GmbH verweist in ihrer Stellungnahme auf die Zuständigkeit des Verkehrsunternehmens – hier DB Regio AG – bezüglich der im Antrag angesprochenen Themen.

Wunschgemäß habe ich auch den Seniorenbeirat der LHM um eine Stellungnahme gebeten. Der Seniorenbeirat empfindet den Wegfall des Tariftableaus als Rückschritt und fordert grundsätzlich die Wiederanbringung die-



ser schriftlichen Informationen an den Automaten. Darüber hinaus regt der Seniorenbeirat an, in den Fällen von Bahnstationen, bei denen sich die Entwerterssäulen auf dem Bahnsteig neben Info-Vitrinen befinden, die Tariftableaus in diesen Vitrinen in einer Ecke rechts oder links unten auszuhängen. So würden die Automaten von Kunden freigehalten, die z.B. schon eine Streifenkarte besitzen und nur noch eine Information benötigen. Diesen Vorschlag werde ich mit der Bitte um Prüfung an die DB Regio AG weiterleiten.

Ich gehe davon aus, dass Ihr Antrag hiermit ausreichend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Verkauf von Immobilien und Grundstücken der SWM

Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) vom 4.7.2011

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 04.07.2011 hinterfragen Sie im Nachgang zur Beschlussfassung über die Einrichtung einer Straßenbahnwendeschleife an der Lothstraße den Verkauf von Immobilien und Grundstücken der Stadtwerke München GmbH (SWM).

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 26.07.2011 gewährte Terminverlängerung.

Anhand einer Stellungnahme der SWM können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:

Inwieweit war bei den Entscheidungen zu o.g. der Aufsichtsrat der Stadtwerke München GmbH eingebunden und wie stellt sich ggf. die Beschlusslage dar?

Antwort:

Die SWM haben aus dem Grundbesitz an der Dachauer Straße eine Teilfläche veräußert. Der Käufer, die HCM I GmbH, baut dort einen sogenannten „Bestellbau“, den der Freistaat Bayern für die Hochschule München anmietet. Der Verkauf des Grundstücks erfolgte im Rahmen einer Ausschreibung, bei der das Höchstgebot den Zuschlag erhielt. Eine Befassung des Aufsichtsrats und/oder des Stadtrats war entsprechend den Regelungen im Gesellschaftsvertrag der SWM nicht erforderlich.

Frage 2:

Wie stellt sich die Ausschreibungs- und Planungslage hinsichtlich der Beteiligung von Investoren konkret zu dem o.g. Fall dar und in welchen Stadtratsvorlagen wurde dann dieses Vorgehen behandelt?

a) Wer ist bzw. sind dieser/diese Investor/en?

b) Ist daher die Vermutung zutreffend, dass sowohl die Hochschule München als auch die Stadtwerke bzw. deren Verkehrsbetriebe künftig zur Nutzung ihrer vormals eigenen Flächen Miete oder Pacht bezahlen müssen?

c) *Welche Folgekosten entstehen ggf. den Stadtwerken (Verkehrsbetriebe) aus diesem Vorgehen durch solche Miet- oder Pachtzahlungen für die Nutzung des – eigentlich – eigenen Grundstücks?*

Antwort:

Zu a)

Hierzu darf auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen werden. Eine Befassung des Stadtrats mit der Ausschreibung war gemäß Gesellschaftsvertrag nicht geboten. Gleichwohl wurde dem Stadtrat im Rahmen seines Trassierungsbeschlusses zur Trambahnwendeschleife Lothstraße (SV-Nr. 08-14 / V 06510) vom 31.05./08.06.11 auch die besagte Grundstücksveräußerung und dingliche Rechtssicherung dargelegt.

Zu b)

Nein, diese Vermutung ist nicht zutreffend. Die SWM haben sich zuvor das Recht, das Grundstück im Rahmen des Schienenverkehrs (Trambahnwendeschleife) kostenlos nutzen zu können, dinglich gesichert. Eine Miet- bzw. Pachtzahlung für diese Nutzung erfolgt somit nicht.

Zu c)

Es entstehen keine derartigen Folgekosten. Auf die Ausführungen zu b) darf verwiesen werden.

Frage 3:

In welchen weiteren zurückliegenden bzw. anstehenden Projekten wurden bzw. werden vergleichbare Konstellationen aus privatem Investment und öffentlichen Einrichtungen vorgenommen, bei denen, wie in der o.g. Vermutung geäußert, Grundbesitz bzw. Immobilieneigentum der LH München oder Ihrer kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe einbezogen wurden?

Antwort:

Eine stadtweite Erhebung dieser Daten ist nicht mit vertretbarem Aufwand möglich. Im Hinblick auf die SWM kann mitgeteilt werden, dass diese im Rahmen von Bebauungsplanverfahren Flächen veräußert haben, auf denen vom Investor dann öffentliche Einrichtungen, wie Kindertagesstätten/-krippen und geförderter Wohnbau, realisiert werden. Im Übrigen ist die dargelegte Vorgehensweise der SWM, ein Grundstück zu veräußern und sich zuvor das Recht auf eine bestimmte Nutzung (in diesem



Fall der Betrieb einer Trambahnwendeschleife) dinglich zu sichern, durch-
aus als üblich zu bezeichnen.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden
konnten.



Leiharbeit in Isar II?

Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke) vom 6.4.2011

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 06.04.2011 hinterfragen Sie im Zusammenhang mit den Vorfällen in Fukushima sowie aufgrund von Presseartikeln, ob und in welcher Art und Weise Leiharbeiter im Kernkraftwerk Isar II eingesetzt werden bzw. wurden.

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachrichten vom 11.04. und 05.07.2011 gewährten Terminverlängerungen.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des allein verantwortlichen Betriebsführers des Kernkraftwerks Isar 2, der E.ON Kernkraft GmbH, fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Frage 1:

Wurden im AKW Isar II in den vergangenen Jahren Leiharbeiter dauerhaft eingesetzt? Wenn ja, wie viele und in welchen Bereichen?

Frage 2:

Wurden dort für Sicherheitskontrollen Leiharbeiter eingesetzt? Wenn ja, wie viele?

Frage 3:

Setzen dort tätige Subunternehmen Leiharbeiter ein?

Frage 4:

Kommen beim Brennelementeaustausch Leiharbeiter zum Einsatz?

Antwort der E.ON Kernkraft GmbH:

„Die Fragen 1 bis 4 können nur im Zusammenhang beantwortet werden, da auch sicherheitsrelevante Aspekte angesprochen werden. Dies gilt beispielsweise für Sicherheitskontrollen und Krisenabwehr.

Die beim Betriebsführer, E.ON Kernkraft GmbH, im Wege der Arbeitnehmerüberlassung eingesetzten Mitarbeiter im Kernkraftwerk Isar 2 (KKI 2) sind in der Regel zur Abdeckung von Arbeitsspitzen tätig. Bei der Arbeit-

nehmerüberlassung werden alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Dies gilt auch für die Servicefirmen, die im KKI 2 beschäftigt werden. Da bei den Brennelementwechseln am meisten Servicemitarbeiter eingesetzt werden, kommen selbstverständlich auch während der jährlichen Brennelementwechsel Mitarbeiter im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung zum Einsatz.“

Frage 5:

Findet eine Zusammenarbeit mit der französischen Firma Areva statt?

Antwort der E.ON Kernkraft GmbH:

„AREVA ist der Rechtsnachfolger des ursprünglichen Anlagenherstellers KWU. Wie in allen anderen deutschen Kernkraftwerken arbeitet auch das KKI 2 mit AREVA zusammen.“

Frage 6:

Welche Maßnahmen der regelmäßigen Weiterbildung werden in Isar II durchgeführt? Sind diese auch für eventuell dort beschäftigte Leiharbeiter zugänglich?

Antwort der E.ON Kernkraft GmbH:

„Im Ausbildungshandbuch sind die erforderlichen Maßnahmen für die Erlangung und den Erhalt der Fachkunde verbindlich geregelt. Dies gilt uneingeschränkt auch für Mitarbeiter in Arbeitnehmerüberlassung. Deshalb sind die Angebote zur Weiterbildung für alle Mitarbeiter nicht nur zugänglich, sondern abgestimmt auf die jeweiligen betrieblichen Aufgaben auch verpflichtend.“

Frage 7:

Falls dort Leiharbeiter beschäftigt werden, direkt oder über Subunternehmen oder Vertragspartner, wie werden sie über die möglichen gesundheitlichen Gefahren aufgeklärt? Wie werden mögliche Spätschäden erfasst?

Antwort der E.ON Kernkraft GmbH:

„Alle im KKI 2 tätigen Personen müssen zwingend die Belehrungen absolvieren, in denen u. a. über Risiken und Maßnahmen zur Risikoabwehr unterrichtet wird. Die Teilnahme ist mit einer Erfolgskontrolle verbunden und wird dokumentiert. In regelmäßigen Abständen sind die Belehrungen aufzufrischen.“



Alle Personen, die Strahlenexposition ausgesetzt sind, unterliegen allen einschlägigen Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung, unabhängig von der Art des Beschäftigungsverhältnisses.“

Frage 8:

Falls dort Leiharbeiter beschäftigt werden (wie unter 7), wie werden sie auf mögliche Krisensituationen vorbereitet?

Antwort der E.ON Kernkraft GmbH:

„Die Belehrungen (siehe Frage 7) beinhalten auch Krisensituationen. Keine Person darf ohne diese nachgewiesenen und dokumentierten Kenntnisvermittlungen das Kernkraftwerk betreten (mit Ausnahme beaufsichtigter Besucher).“

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 12. Oktober 2011

Bauverzögerungen im Rahmen von Gleisbauarbeiten der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH

Anfrage Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU)

Extreme Kosten der Wohngeldsachbearbeitung durch Dezentralisierung?

Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Mehr kommunale Demokratie wagen: Bürgergutachten als Form der Partizipation nutzen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Lydia Dietrich, Sabine Krieger, Sabine Nallinger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Grundstücke für griechische Schule rückabwickeln

Antrag Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)



Georg Schlagbauer

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
12.10.11

Bauverzögerungen im Rahmen von Gleisbauarbeiten der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH

In letzter Zeit häufen sich Klagen darüber, dass Straßenbaumaßnahmen, die im Rahmen von Gleisbauarbeiten der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH notwendig werden, unnötig in die Länge ziehen und anliegenden Geschäftsleuten, insbesondere aus dem Handwerk, massive Umsatzeinbußen einbringen. Dabei ist zu beobachten, dass zwar die Gleisbaumaßnahmen oftmals durch rund um die Uhr Arbeiten termingerecht abgewickelt werden, die nachfolgenden Straßen-, Gehweg- und Parkraumsanierungen jedoch massiven zeitlichen Verzögerungen unterliegen.

In einer von mir mit Datum vom 26.07.2011 in diesem Zusammenhang gestellten Anfrage zur Gleiserneuerung in der Müllerstraße wurden diese Verzögerungen mit Starkregenfällen, die die Baugrube mehrfach unter Wasser gesetzt haben, begründet. In einer Presseerklärung zum gleichen Thema führte die MVG hingegen aus, dass die Bauverzögerungen durch die schlechten Bodenverhältnisse, die so nicht zu erwarten waren, begründet wären. So ärgerlich dieser Widerspruch an und für sich schon ist, so problematisch sind auch die Folgen für die Anlieger. Mit der Überschrift „Der Tragödie zweiter Teil“ führt der Münchner Merkur in seiner Ausgabe vom 5. Oktober aus, dass die Müllerstraße erneut aufgerissen werden muss, um es den Stadtwerken zu ermöglichen, die Gleissanierung vorzunehmen und vor Ende 4. November nicht damit zu rechnen sei, dass die größten Arbeiten durchgeführt sind.

Bei den Gleiserneuerungsarbeiten am Willibaldplatz wurde angekündigt, dass bis auf kleine Restarbeiten die Baumaßnahme bis 9. September beendet sein sollte. Eine reguläre Aufnahme des Trambahnbetriebes ab 13. September konnte zwar eingehalten werden, die Sanierung des Straßen- und Baustellenbereichs verzögert sich jedoch erheblich, da die beauftragte Baufirma offensichtlich massive Probleme bei der Bewältigung des Auftrages hat.

In beiden Fällen bringen die Bauverzögerungen erhebliche Probleme für die anliegenden Geschäftsleute mit sich. So lassen gravierende Umsatzeinbußen bei mehreren Firmen betriebsbedingte Kündigungen als unausweichlich erscheinen und es steht sogar zu befürchten, dass die Betriebe per se in ihrer Existenz in Gefahr geraten könnten.

Vor diesem Hintergrund frage ich nochmals den Oberbürgermeister:

1. Wie kann es passieren, dass die Stadtwerke München die Bauverzögerungen in ein und demselben Bereich offensichtlich durch andere widrige Umstände begründen?
2. Welche Maßnahmen ist die Landeshauptstadt München zu ergreifen bereit, um den durch Versäumnisse der Stadtwerke München in ihrer Existenz bedrohten Betrieben zu helfen?
3. Welche Konsequenzen werden aus den derzeitigen Erfahrungen gezogen, um ähnliche Verwerfungen in der Zukunft von vornherein auszuschließen?

Georg Schlagbauer, Stadtrat



Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
12.10.11

Extreme Kosten der Wohngeldsachbearbeitung durch Dezentralisierung?

Nach unserer Anfrage zum aktuellen Sachstand der Bearbeitung von Wohngeldanträgen wurde nach der Sommerpause der Geschäftsbericht des Sozialreferates für das Jahr 2010 vorgelegt. In diesem Geschäftsbericht wird das zum 31.12.2010 ausbezahlt Wohngeld mit 10.488.313 € beziffert. Für dieses Jahr sind 11 Millionen € geplant. Dabei wurde eine große Anzahl von Haushalten festgestellt, an die weniger als 100 € im Monat geleistet werden.

Bemerkenswert sind die Kosten für die Bearbeitung. Sie belaufen sich für 2010 auf sage und schreibe 5.402.131 €. Das sind pro ausgezahlten Euro Wohngeld 0,52 €. Für 2011 werden die Kosten auf 0,58 € ansteigen. Ursächlich für die hohen Kosten ist unter anderen die dezentrale Bearbeitung in den 13 Sozialbürgerhäusern. Dadurch entstehen zusätzliche Kosten. Doch allein damit lassen sich diese extrem hohen Bearbeitungskosten nicht erklären.

Sicherlich würde eine Zentralisierung der Bearbeitung zu erheblichen Einsparungen führen. Die Einsparungen könnten möglicherweise über 1 Million € liegen?
Ein weiterer Aspekt des Bearbeitungsaufwandes ist die Frage nach schriftlichen oder mündlichen Anträgen. Erfahrungsgemäß laufen mehr als die Hälfte der Anträge schriftlich ein. Für schriftliche Anträge ist eine dezentrale Bearbeitung obsolet und verursacht sogar zusätzliche Kosten wegen der erforderlichen Zuordnung zu den einzelnen Sozialbürgerhäusern. Nur 57% der Wohngeldanträge werden innerhalb von 6 Wochen bearbeitet. Für fast die Hälfte der Anträge (43%) dauert die Bearbeitungszeit oft erheblich länger als 6 Wochen.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

1. Woher rühren die hohen Bearbeitungskosten für die Wohngelder?
2. Welches Einsparungspotenzial ergibt sich bei einer Zentralisierung der Bearbeitung?
3. Wie hoch ist der Anteil der schriftlich gestellten Anträge zum Wohngeld?
4. Warum werden ca. 43% der Wohngeldanträge erst nach 6 Wochen, oftmals wesentlich später, bearbeitet?

Marian Offman, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus



München, den 12.10..2011

Antrag

Mehr kommunale Demokratie wagen: Bürgergutachten als Form der Partizipation nutzen

Die Stadtverwaltung wird gebeten:

- 1. dem Stadtrat darzustellen, welche über die gesetzlich vorgesehenen Formen hinausgehende Arten der Bürgerbeteiligung, insbesondere Verfahren des Bürgergutachten oder ähnliche Partizipationsverfahren, in München umgesetzt wurden und wie die Erfahrungen damit zu bewerten sind;**
- 2. zu prüfen, inwieweit das Verfahren des Bürgergutachtens im sog. Kunstareal des Museumsviertels in der Maxvorstadt ggf. in einem weiten Umgriff (vom Alten Botanischen Garten bis zur Universität mit der Kunstakademie¹) umgesetzt werden kann;**
- 3. dem Stadtrat Vorschläge zu machen, für welche weiteren Vorhaben – insbesondere im Planungsbereich – sich in den nächsten Jahren die Verfahren des Bürgergutachtens (oder ähnliche Formen der Bürgerbeteiligung) anbieten könnten; dabei sollte vor allem die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen für den Bereich Nordosten S-Bahnlinie S 8 München - Flughafen (östlich), zwischen Stadtgrenze, Lebermoosweg / ehemalige Gütergleisstrasse, Stadtgrenze und Bahnlinie München-Mühdorf sowie die im Falle einer Verlagerung der Betriebsstätte der Paulaner Brauerei frei werdenden Flächen (Nockherberg, Welfenstraße, Untere Au, Auer Mühlbach) betrachtet werden.**

¹ Wie vom *Münchner Forum* vorgeschlagen – siehe: <http://muenchner-forum.squarespace.com/startseite/2011/2/9/die-debatte-uber-die-sudliche-maxvorstadt-rund-um-die-pinako-1.html>

Begründung:

Die Diskussion um adäquate Formen der Bürgerbeteiligung prägt seit einiger Zeit die öffentliche Debatte. Nicht immer können die gesetzlich vorgeschriebenen Formen der Bürgerbeteiligung dem wachsenden Bedarf an frühzeitiger Einbindung der Bürgerschaft genügen. Oberbürgermeister Christian Ude betonte diesen Innovationsbedarf etwa bei seiner Antrittsrede als Städtetagspräsident: „Die allgemeine Lebensweisheit, dass nichts so gut ist, dass es nicht noch besser werden könnte, gilt selbstverständlich auch für die kommunale Demokratie. Wir müssen uns immer Fragen, ob wir vorhandene Instrumente besser nutzen und zusätzliche Instrumente schaffen sollten. Das Baugesetzbuch liefert ja häufig tatsächlich nur Alibi-Veranstaltungen, deren Mitwirkungschancen sich nur Kundigen und Eingeweihten erschließen. Genauso wie die Stadt niemals fertig ist, sondern sich immer weiter entwickeln muss, müssen wir kontinuierlich immer ‚noch mehr Demokratie wagen‘.“²

Eine schon seit langer Zeit bewährte Form der demokratischen Partizipation ist das sog. Bürgergutachten³. Dabei wird in sog. Planungszellen per Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern eine Fragestellung vorgelegt. In einem moderierten und durch (kontroversen) Experteninput qualifizierten Verfahren wird ein sog. Bürgergutachten erstellt, das Politik und Verwaltung als Unterstützung dient. Bundesweit reichen die Anwendungsbeispiele vom Müllkonzept der Region Aachen über Energiefragen (etwa Trassenbauten) bis zum Konzept einer altersgerechten Gesellschaft und einer regionalen Verwaltungsreform. Bestechend dabei ist, dass Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, auf Augenhöhe mit der Politik zu diskutieren, und dass durch spezielle Verfahren die Meinungsführerschaft durchsetzungsmächtiger Partikularinteressen vermieden wird. Es gibt auch Abwandlungen dieses Konzepts (etwa mit einem parallelen Expertenforum), wie z.B. beim „Stadtviertelkonzept Nahmobilität“ in München im Stadtbezirk 2 praktiziert.⁴

Auch die Münchner Stadtbaurätin Frau Dr. Merk betonte die Vorteile des Bürgergutachtens und schlug laut Süddeutscher Zeitung vom 25.01.2011 als Anwendungsbeispiel die Entwicklung des sog. Kunstareals des Museenviertels um die Pinakotheken in der Maxvorstadt vor:

2

http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/presseservice/2011/Pressemitteilungen/OB_Ude_zum_neuen_Praesidenten_des_Deutschen_Staedtetages_gewaehlt.html

³ Siehe: <http://www.planungszelle.uni-wuppertal.de/page/die-planungszelle>

⁴ Siehe: http://www.srl.de/dateien/dokumente/de/stadtviertelkonzept_nahmobilit_t.pdf bzw. http://www.regierung.oberbayern.bayern.de/imperia/md/content/regob/internet/dokumente/bereich3/sg34/nahmobilitaet_ergebnisfolder_sortiert.pdf

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684

www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

„Merk will Zeichen setzen. Zum Beispiel auch bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Planungsprozessen. Ihr schwebt ein sogenanntes Bürgergutachten vor. 100 repräsentativ ausgewählte Münchner sollen im Rahmen eines zweitägigen Workshops unter Anleitung von Experten Lösungen für städtebauliche Probleme erarbeiten. Testen könne man dieses ungewöhnliche Verfahren beispielsweise bei der geplanten Neuordnung des Museumsviertels in der Maxvorstadt.“ Weitere Beispiele könnten die Entwicklungsmaßnahmen im Münchner Osten im Bereich östlich der Strecke der S 8 sowie die im Falle einer Verlagerung der Paulaner Brauerei frei werdenden Flächen in der Au sein.

Fraktion

Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Sabine Krieger

Sabine Nallinger

Lydia Dietrich

Paul Bickelbacher

Mitglieder im Stadtrat

Richard Progl

Stadtrat in München



An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

10. Oktober 2011

Antrag: Grundstücke für griechische Schule rückabwickeln

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München möge beschließen:

Die Grundstücksübergabe der Flurstücke an der Hachinger-Bach-Straße, die für die griechische Schule vorgesehen sind, wird rückabgewickelt. Beide Flurstücke werden wieder als Gemeinbedarfsfläche gem. Bebauungsplan 1725 ausgewiesen.

Begründung:

Die Landeshauptstadt München hat 2004 die oben genannten Grundstücke an die Republik Griechenland übereignet. Auf diesem Grundstück, das bis dahin als Gemeinbedarfsgrundstück für den 14. Stadtbezirk vorgesehen war, war die Errichtung einer privaten griechischen Schule geplant.

Am 8.02.2006 fand diesbezüglich ein Informationsgespräch zwischen Mitgliedern des BA 14 und Vertretern des Planungsreferats statt. Im Protokoll wurde festgehalten, dass die Republik Griechenland innerhalb von 14 Monaten nach Rechtskraft des Satzungsbeschlusses den Bauantrag stellen und die Schule innerhalb von 4 Jahren bauen muss.

Eine entsprechende Verpflichtung besteht auch im städtebaulichen Vertrag zwischen dem Schulträger und der Stadt München vom 24.03.2005/31.03.2005. Die Baugenehmigung wurde am 19.08.2008 erteilt, aber der Bau der griechischen Schule ist bis heute noch nicht aufgenommen. Griechenland befindet sich in einer schweren Finanzkrise, weshalb die Republik Griechenland die Finanzierung einer griechischen Schule in München nicht rechtfertigen können wird. Es ist also davon auszugehen, dass Griechenland das durch die Landeshauptstadt München eingeräumte Baurecht nicht nutzen wird.

Die prognostizierte strukturelle Entwicklung des Stadtbezirks Berg am Laim lässt für die kommenden Jahre ein weiteres Ansteigen der Einwohnerzahl erwarten. Insbesondere im an die Flurstücke angrenzenden Wohngebiet kam es in der jüngeren Vergangenheit zu einer verstärkten Bautätigkeit, bei der aus alten Einfamilienhäusern mehrstöckige Mehrfamilienhäuser mit mehreren Wohnungen entstanden. Naturgemäß geht damit ein steigender Bedarf an Sozial- und Bildungseinrichtungen und somit auch ein erhöhter Bedarf an Grundstücken im Bezirk einher.

Das Referat für Stadtplanung ging bei der Abwägung im Jahr 2006 von einer stagnierenden Anzahl von Grundschulern in Berg am Laim aus (1.194 im Jahr 2003). Dagegen gab es aber bereits Ende 2010 einen Anstieg von 6,6 % der Kinder im Alter zwischen 6 und 9 Jahren.

Ende 2009 gab es in Berg am Laim in der jüngeren Vergleichsgruppe schon 1544 Kinder zwischen 0 und 3 Jahren¹, so dass die Zahl der Grundschüler zwischen 6 und 9 Jahren auch in den kommenden Jahren überproportional ansteigen wird.

Bereits heute sind an der Grundschule an der Berg-am-Laim-Str. vier Schulklassen in Containern im Schulhof untergebracht, da die dort vorhandenen Räumlichkeiten seit Jahren nicht ausreichen. Da auch bereits seit Jahren Hortplätze in Berg am Laim fehlen, ist am Standort St.-Michael-Straße eine Kindertageseinrichtung mit drei Kindergarten- und einer Hortgruppe errichtet worden². Der weiter steigende Bedarf an Grundschulplätzen für die dort betreuten Kinder wird hierdurch indiziert.

Deshalb sollte das oben bezeichnete Grundstück dem Stadtbezirk Berg am Laim wieder als Gemeinbedarfsgrundstück zur Verfügung stehen, damit es z. B. der Grundschule an der Berg-am-Laim-Straße und/oder dem Michaeli-Gymnasium im Bedarfsfall als Nutzungsfläche dienen kann.

Richard Progl
ehrenamtlicher Stadtrat

¹ Alle Angaben lt. Statistischem Amt München

² BA-Antrag Nr. 02-08/B 00251